

ZfSÖ

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

ONLINE

REZENSION | ONLINE 18.05.2025

Jézabel Couppey-Soubeyran, Pierre Delandre, Augustin Sersiron

Ein aus der Schuldenlogik befreites Gemeinwohlgeld als Rettungsanker zur Bewältigung der sozialen und ökologischen Transformation

Le pouvoir de la monnaie – Transformons la monnaie pour transformer la société

Editions Les Liens Qui Libèrent, 2024. 395 Seiten.

62. Jahrgang 2025

Herausgeber + Copyright: Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung
in Zusammenarbeit mit der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

Kontakt: Dr. Max Danzmann — verantwortlich —

Duisburger Str. 2a, 10707 Berlin | Telefon: 0171-5096004 [AB]

E-Mail: mdanzmann@hotmail.com

Text/Bildbearbeitung: Vlado Plaga

In Frankreich ist 2024 ein Buch „Le pouvoir de la monnaie“ erschienen, dessen Titel auf Deutsch lautet: „Die Macht des Geldes - Lasst uns das Geld verändern, um die Gesellschaft zu verändern“. Verfasst wurde es von der Hochschulprofessorin und Geldökonomin Jézabel Couppey-Soubeyran, dem Geldsoziologen Pierre Delandre und dem Ökonomen und Philosophen Augustin Sersiron.

Das Hauptziel des Buches besteht darin, eine neue Form der Geldschöpfung vorzustellen, um der Herausforderung der ökologischen und sozialen Transformation gewachsen zu sein. Es geht um eine Reform des Geldsystems, aber nicht um eine monetäre Revolution. Die Reform steht im Dienst des Gemeinwohls. Diese Besprechung geht nur auf die wesentlichen Elemente dieser Reform ein.

Ein aus den Schulden „ausgebettetes“ und von staatlicher Bevormundung befreites Geld

Die Hauptrolle in diesem System übernimmt eine Geldform, die ohne Rückzahlungsverpflichtung geschöpft wird. Es handelt sich um einen „don monétaire“, um eine GeldGABE. Das heißt, um eine zins- und schuldenfreie Emissionsform. Dadurch soll eine „Ausbettung“ (un désencastrement) des Geldes aus den Schulden erfolgen. Der Nexus Geld und Schulden wird aufgelöst. Diese Emissionsform steht in bewusstem Gegensatz zur klassischen Kreditschuld mit ihrer vertraglich abgesicherten Rückzahlungsverpflichtung von Tilgungs- und Zinsanteil.

Das emittierte Geld soll direkt in Form von Zuschüssen an Haushalte, Unternehmen und Staaten verteilt werden, denn das Geld der Banken, das in Schulden fest „eingebettet“ ist, versage nach Meinung der AutorInnen bei der ökologischen und sozialen Transformation. Dem schuldenbefreiten Geld geben die AutorInnen den Namen „Gemeinwohlgeld“ (la monnaie volontaire). Eine breit angelegte Partizipation bei der Emission des Gemeinwohlgeldes sehen sie als unabdingbar an.

Der Emissionsmodus eines neu einzurichtenden Emissionsinstituts unterscheide sich erheblich von dem der Zentralbanken. Er breche mit deren „Unabhängigkeit“ und setze einen Dialog zwischen allen Beteiligten in Gang. Dazu gehörten Zentralbank, Schatzamt (l'agence de trésor, entspricht der Bundesfinanzagentur, FS), ParlamentarierInnen, Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaft, Gewerkschaften usw.). Die Zentralbank werde also nicht ersetzt, sondern „ergänzt“.

Ihr Vorschlag unterscheide sich erheblich von der Modern Monetary Theorie. Denn diese betrachte den Staat via Zentralbank als alleinige souveräne Geldschöpfungsinstanz. Der öffentliche Wille (la volonté publique) dürfe jedoch nicht mit dem des Staates verwechselt werden. Das „Gemeinwohlgeld“ sei KEIN Geschöpf (créature)

des Staates. Bei seiner Emission bleiben Geschäftsbanken und Zentralbanken außen vor, ohne dass deren Geldschöpfungsmodi in Frage gestellt würden.

Zentralbanken mit ihrer unkonventionellen Geldpolitik als Wegbereiter des Gemeinwohlgeldes

Originell und einleuchtend ist die Argumentation, die die Zentralbanken als Wegbereiter des Gemeinwohlgelds betrachtet. Bei ihrer unkonventionellen Geldpolitik im Rahmen der Folgen der Finanzkrise 2007/2008 und der Corona-Pandemie Ende 2020 bis Mai 2023 seien sie weit über ihre übliche Rolle als Kreditgeber der letzten Instanz hinausgegangen. Der Leitzins als Steuerungsinstrument sei in den Hintergrund getreten.

Zwei Arten der unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen wurden ergriffen. Der massive Ankauf von Wertpapieren, insbesondere von Staatsanleihen und komplementär dazu die Flutung des Bankensektors mit langfristigem Geld zu Niedrig- und sogar Negativzinsen. Letztere kamen, was unstrittig ist, einer Subventionierung des Bankensektors gleich.

Die unkonventionellen Maßnahmen stellten keine Antwort auf das von Geschäftsbanken an die Zentralbank gerichtete Verlangen dar, Zentralbankgeld zu schöpfen. Vielmehr gehe es der Zentralbank darum, Wertpapiere auf den Finanzmärkten anzukaufen, die die Geschäftsbanken, Versicherungen, Investmentgesellschaften und andere Finanzinstitute wieder verkaufen könnten. Sie könnten sie so lange ohne Schwierigkeiten verkaufen, wie die Zentralbank versichere, die Wertpapiere wieder anzukaufen. Der Ankauf sei ein vorwiegend quantitatives Geldinstrument. Das durch die Zentralbank leicht vergrößerbare Geldvolumen stehe im Vordergrund. Beim Verkauf der Staatsanleihen dagegen lasse sich das Geldvolumen nur schwierig verringern. Die Zentralbank habe sogar Schwierigkeiten, ihre Anleihen zu verkaufen und sei gezwungen, sie bis zum Ende der Laufzeit zu halten. Das durch den Ankauf von Staatsanleihen emittierte Geld sei äußerst beharrlich (persistant). Im Gegensatz zum kurzfristigen Zentralbankkredit, bei dem das emittierte Geld wieder mit der Rückzahlung verschwinde. Wegen der unterschiedlichen zeitlichen Horizonte, die der langfristigen Staatsanleihe und dem kurzfristigen Zentralbankkredit zugrundelägen, sprechen die AutorInnen im ersten Fall von einem strukturellen und im zweiten Fall von einem konjunkturellen Geldinstrument.

Kurzer historischer Überblick über die Emissionsarten

Die AutorInnen stellen die Abfolge der verschiedenen Emissionsarten dar. Sie beginnt mit dem „feudalen Modus der Geldschöpfung“. Die Geldmenge war ausgerichtet an

einer metallischen Grundlage (Gold, Silber). Mit der dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung konnte dieser Modus nicht aufrechterhalten werden. Das „banking principle“ setzte sich durch. Die geschöpfte Geldmenge bestimmte sich durch die nachgefragten Kredite zur Verwendung in der Realökonomie im Zeitalter des Industriekapitalismus. Mit dem Aufkommen des Neoliberalismus in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts erhielt der klassische Kredit zunehmend Konkurrenz durch das Finanzierungsmittel der staatlichen Schuldverschreibungen. Den entsprechenden Geldschöpfungs- oder Emissionsmodus bezeichnen sie als „Schöpfung von Geld zum Erwerb/Übertrag“ (mode acquisitif de création monétaire). Der Nutznießer „erwirbt“ das geschöpfte Geld, es wird auf ihn „übertragen“. Öffentlich vernehmbar und spürbar wurde diese Entwicklung „2015, um den Finanzkapitalismus zu retten und 2020, um die Wirtschaft in der Pandemie zu schützen“. Staatliche Schuldverschreibungen wurden massiv eingesetzt. Stichwort „unkonventionelle Geldpolitik“.

Das gesellschaftlich wieder „eingebettete“ Gemeinwohlgeld, seine bilanzielle Behandlung und seine zusammengefassten Merkmale

Mit dem Ankauf der Schuldverschreibungen durch die Zentralbanken von den Finanzinstituten und der danach erfolgten Zuteilung des emittierten Geldes an diese Institute finde, wie oben erwähnt, eine Ausbettung dieses Geldes aus den Schulden statt. Das heißt, eine Verpflichtung zur Rückzahlung bestehe nicht mehr. Das vereinbart sich in der Tat mit der Behauptung vom „Erwerb/Übertrag“ des Geldes. In der Bilanz der Zentralbank erscheine das angekaufte Wertpapier zwar im Aktiv, im Passiv aber erscheine keine Verbindlichkeit, keine Schuld. Das Verschwinden der Rückzahlungsverpflichtung führe zu einer Wieder-Einbettung (réencastrement) des Geldes in die Gesellschaft.

Diese Erkenntnis ist für die AutorInnen der Eureka-Moment, der Moment des Geistesblitzes im Gesamtgebäude ihres Reformvorschlags. Sie wissen um die Schwachstellen der lockeren Geldpolitik (Quantitative Easing) und ihrer asymmetrischen Bevorteilung der Spekulanten auf dem Finanzmarkt. Sie sprechen aber dennoch von der „Rettung“ des Finanzkapitalismus, was objektiv richtig ist. Sie haben auch erfahren, in welcher Weise die unkonventionelle Geldpolitik in der Pandemie positive Effekte auf das Funktionieren von Gesellschaft und Wirtschaft entfaltete. Sie gelangen zur folgenden Eureka-Synthese: „Es ist vor allem der Banken- und Finanzsektor, der von dem schuldenbefreiten Geld profitiert, während doch dieses Geld auf das Gemeinwohl und das Allgemeininteresse ausgerichtet werden könnte und in den Dienst der gesamten Gesellschaft gestellt werden könnte und somit auch zur ökologischen und sozialen Transformation beitragen könnte“. Es liegt auf der Hand, dass dieses Geld in die Realökonomie (Haushalte, Unternehmen, Staat) investiert werden soll.

Den auf diese Transformation ausgerichteten Geldschöpfungsmodus nennen die AutorInnen „Gemeinwohl gesteuerte Schöpfung des Zentralbankgeldes eines Landes“ (le mode volontaire de création de la monnaie centrale). Der Begriff „Zentralbankgeld“ bedürfte eigentlich einer Neubenennung, da das Geld von einem neu einzurichtenden Emissionsinstitut ausgegeben wird, das komplementär zur jetzigen Zentralbank arbeiten soll. Die Bilanz wird beibehalten. Im Aktiv erscheint das geschöpfte Geld als ein „totemistisches“ Geld (monnaie totémique). Die einzige Voraussetzung für seine Existenz ist also der Glaube der Währungsgemeinschaft an es. Die AutorInnen bezeichnen es als ein „neues aktivisches reales Bilanzkonzept immaterieller Art mit sozialer und ökologischer Rentabilität aber ohne finanzielle Rentabilität“.

Zusammengefasst weist das schuldenfreie Gemeinwohlgeld folgende Merkmale auf:

- es ist Ausdruck eines breit angelegten politischen demokratischen Willens
- es wird direkt für Gemeingüter (biens communs) und öffentliche Güter (biens publics) zur Verfügung gestellt
- ihm steht keine Verbindlichkeit im Passiv gegenüber
- als strukturelles Geldinstrument erfolgt seine Emission permanent

Mechanismen zur Zurückholung des emittierten Geldes und ihre sanktionierenden Funktionen

Besonders erwähnt werden sollte, wie das geschöpfte Geld wieder teilweise zurückgeholt wird (le reflux fiscal). Diese Aufgabe übernehmen eine Geldabgabe (contribution monétaire) und eine ökologische Kompensationszahlung (compensation écologique).

Die geeignetsten historischen Vorschläge für die Geldabgabe sehen die AutorInnen in der Erhebung einer Umlaufsicherungsgebühr oder eines Negativzinses nach den Vorstellungen von Silvio Gesell („Die Natürliche Wirtschaftsordnung“) und Bernard Lietaer („Mysterium Geld“). Die Abgabe sanktioniert das Horten von Geld, da es das notwendige Zirkulieren von Geld verhindert. Sie bieten ganz konkrete Zahlen. Bei 4.300 Milliarden Euro Reserven, die auf den Zentralbankkonten der Geschäftsbanken liegen (Februar 2023), ergäbe sich bei einer monatlichen Abgabe von 0,1 % eine Rückholsumme von monatlich 4,3 Milliarden. Diese könnten die Banken den betroffenen Einlegern in Rechnung stellen. Als entgegengesetzten Regulierungsmechanismus schlagen sie eine Abgabe zur Eindämmung unerwünschter spekulativer Geldströme vor, die Tobin Steuer in Höhe von 0,05 - 0,2 %. Über den Devisenmarkt hinaus könne eine solche Steuer auch ausgedehnt werden auf andere Geldströme und sogar auf unerwünschte

Warenströme. Sie erhoffen sich, auf diese Weise eine optimale Fließgeschwindigkeit des Geldes (célérité optimale) zu erreichen.

Bei der ökologischen Kompensationszahlung geht es darum, umweltschädliches Verhalten zu sanktionieren (Extraktion und Import nicht erneuerbarer Ressourcen, nicht recycelbare Abfälle). Die eingenommenen Summen werden der Europäischen Kasse für nachhaltige Entwicklung (caisse européenne du développement durable) zur Verfügung gestellt, um Umweltprojekte (z.B. den Küstenschutz) zu finanzieren.

Die Reform ist eine angemessene Antwort auf das Versagen von Geschäftsbanken und Zentralbanken

Der Reformvorschlag nimmt keine Veränderung an den bestehenden Emissionsformen in den Geschäftsbanken und den Zentralbanken vor. Die Geschäftsbanken schöpfen weiterhin Giralgeld. Der Staat fungiert weiterhin als Krisenretter in Notsituationen. Er fügt aber eine neue Form, die des Gemeinwohlgeldes, hinzu. Dahinter steht die Überzeugung, dass sowohl Geschäftsbanken als auch Zentralbanken versagt haben, die Realökonomie zu aktivieren und in Gang zu halten, Blasenbildungen zu verhindern und sozialen und ökologischen Erfordernissen gerecht zu werden. Außerdem verbirgt der Vorschlag nicht sein Misstrauen gegenüber dem Staat. Er wirft den Chartalisten - MMT-AnhängerInnen und Josef Huber (Vollgeld) mit ihrem Gründervater Georg Friedrich Knapp - eine überzogene optimistische Sicht des Staates vor. Dieser erweise sich eben nicht als der Wohltäter, als der er sich präsentiere.

Der Reformvorschlag beruht auf großer geldökonomischer Kompetenz und endet mit einer optimistischen Perspektive

Die Besprechung des Reformmodells konzentriert sich, wie eingangs gesagt, auf seine wesentlichen Elemente. Sie verzichtet bewusst darauf, sich in Einzelheiten zu vertiefen. Die AutorInnen analysieren auf jeden Fall sehr differenziert das bestehende Geld- und Finanzsystem. Ihre Reformvorschläge sind präzise ausgearbeitet. Sie sind durch Zahlen unterlegt und bilanziell überzeugend veranschaulicht. Hier sind drei kompetente GeldökonomInnen am Werk.

Die Lektüre des Buchs endet mit einer optimistischen Perspektive. Das Gemeinwohlgeld stehe nicht im Gegensatz zu den EU-Verträgen. Diese seien das Produkt einer bankären Schuldenlogik. Die in Form von zins- und schuldenfreien Subventionen emittierten Geldsummen des Emissionsinstituts entzögen sich dieser Logik. Der Art. 123 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) lasse eine juristische Lücke. Von dem Verbot einer Subvention sei eben gerade nicht (a fortiori) die

Rede. Die AutorInnen sind allerdings realistisch genug und zeigen eine Reihe anderer juristischer Möglichkeiten auf, um ihren Reformvorschlag rechtlich abzusichern.

Prof. em. Dr. Franz Schneider
Westsächsische Hochschule Zwickau
E-Mail: FranzSchneider-France@gmx.de